Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahmestellen allerorten.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 90. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 19. April 1927

Gefahren für die Landwirtschaft.

Über die deutschen Handelsvertragsbesprechungen mit Polen wird uns aus landwirtschaftlichen Kreisen geschrieben:

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann und der polnische Minister Zaleski hatten sich in Genf ausgesprochen und beschlossen, die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufzunehmen. Das ist auch geschehen, allerdings nur insofern, als die vielumstrittene Frage des Niederlassungsrechts Gegenstand mehrfacher Verhandlungen zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau und der polnischen Regierung gewesen ist. Diese Frage gewinnt aber nun plötzlich ein ganz besonderes Gesicht dadurch, daß aus Polen gemeldet wird, die polnische Regierung trage sich mit der Absicht, dem Innenminister gesetzlich die Befugnis zusprechen zu lassen, im Falle einer schweren wirtschaftlichen Krise das gesamte vereinbarte Niederlassungsrecht für Ausländer aufzuheben. Ein solcher Beschluß würde natürlich jede Vereinbarung praktisch unwirksam machen.

Über die gegenseitigen zolltarifarischen Zugeständnisse hat man sich aber bisher noch nicht unterhalten. Hier liegen aber nicht minder große Schwierigkeiten vor, weil Polen seine gesamte Einfuhr derartig vermindert hat durch Beschränkung und glatte Einfuhrverbote, daß sie um fast 50 Prozent zurückgegangen ist. In Polen hat man die allergrößte Angst vor einer neuen Erschütterung der eingeführten Zlotywährung, gründete außerdem namentlich in den letzten Jahren neue Industrien, um sich von der ausländischen Erzeugung von Halb- und Fertigfabrikaten möglichst unabhängig zu machen. Die Dinge liegen jetzt so, daß Polen sich gegen die deutsche Einfuhr von Industriewaren sträubt, selbst aber größtes Gewicht auf eine möglichst weitgehende Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, vor allem von Getreide, Kartoffeln und Schweinen legt. Bemerkt werden muß noch, daß dieser ganze Zollkrieg deutscherseits keineswegs rücksichtslos geführt worden ist, so daß Polen, abgesehen von Kohlen, entweder direkt oder auf Umwegen nach Deutschland in großen Massen ausführen konnte.

Die deutsche Landwirtschaft führt nun heftige Klagen darüber, daß sie bei dem jedesmaligen Abschluß von Handelsverträgen Deutschlands mit ausländischen Staaten die Kosten zahlen müsse. Würden den Polen weitgehende Zugeständnisse gemacht, so geschehe das gleichfalls wieder auf Kosten der Landwirtschaft, und zwar ebenso der großen wie der mittleren und der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe. Denn die Anbaufläche für Getreide und Kartoffeln ist in dem heutigen Polen größer als in Deutschland. Die klimatischen Verhältnisse sind in beiden Ländern ungefähr die gleichen, daher muß der Ernteertrag diesseits und jenseits der deutsch-polnischen Grenze ungefähr der gleiche sein. Die Erzeugungskosten auf der polnischen Seite sind namentlich infolge der Währungsschwäche nicht unerheblich geringer als die deutschen. Gibt es in Deutschland eine gute Getreide- und Kartoffelernte, so ist das auf der anderen Seite der Grenze ebenfalls der Fall. Und das heißt nicht anderes, als daß in Zeiten zurückgehender Preise, die bei uns durch eine gute Ernte veranlaßt werden, durch eine massenhafte polnische Ausfuhr nach Deutschland dort die Preise noch weiter heruntergedrückt werden. Ebenso, wie das für das Getreide und die Kartoffeln gilt, ist auch bei der Schweinehaltung mit einem starken Wettbewerb zu rechnen, wenn wir den Polen in der Frage der Einfuhr so entgegenkommen, wie Warschau das wünscht. Die deutsche Landwirtschaft sieht den kommenden Handelsvertragsverhandlungen mit Besorgnis entgegen. Wenn ein Abschluß zustande kommt, treten an die Stelle der bisherigen Kampfzölle auf landwirtschaftliche Produkte die sehr niedrigen autonomen Zölle. Dazu kommt, daß beispielsweise bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien oder anderen Agrarländern diesen nicht versagt werden kann, was man Polen einräumt. Gerade aber bei Vereinbarungen mit Polen, die mit weitgehenden Zugeständnissen verknüpft sind, würde der deutsche Osten besonders getroffen werden. Sind schon die Vertragsverhandlungen mit den anderen Staaten nur unter Überwindung großer Schwierigkeiten erfolgt, so zeigen sich bei den Verhandlungen mit Polen ganz besondere Bedenken.

Fünf Jahre Rapallovertrag.

Telegrammwechsel zwischen Litwinow und Stresemann.

Der stellvertretende Volkskommissar des Auswärtigen der Sowjetunion, Litwinow, hat an den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Am fünften Jahrestage der Unterzeichnung des Rapallovertrages, welcher die Grundlage der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Union festgelegt hat, betrachte ich es als meine angenehme Pflicht, Sie, Herr Reichsminister, sowie die Reichsregierung zu begrüßen. Unsere beiden Regierungen haben stets an den Prinzipien des Rapallovertrages festgehalten, was besonders auch beim Abschluß des Vertrages vom 12. Oktober 1925 und des Berliner Vertrages vom 24. April 1926 zum Ausdruck gekommen ist. Die Regierung der Union ist der vollen Überzeugung, daß die Befestigung und der Ausbau der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Union vollkommen den Interessen beider Länder entsprechen. Ich bin fest überzeugt, daß die im Laufe der fünf Jahre sich so gut bewährten Grundsätze des Rapallovertrages auch im weiteren die Voraussetzung für die günstige Entwicklung der sowjet-deutschen Beziehungen bleiben und für die Wahrung des Friedens, der für die Völker der ganzen Welt so nötig ist, dienen werden."

Der Reichsaußenminister hat Herrn Litwinow darauf mit folgendem Telegramm geantwortet:

„Für die freundschaftlichen Worte, die Sie, Herr Volkskommissar, aus Anlaß des fünften Jahrestages des Vertrages von Rapallo an mich gerichtet haben, danke ich Ihnen verbindlichst. Sie können überzeugt sein, daß die Gedanken, die Sie in Ihrem Telegramm zum Ausdruck bringen, nicht nur bei mir persönlich, sondern auch bei der Reichsregierung lebhaften Widerhall finden. Ich teile Ihre Überzeugung, daß die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Deutschland den Interessen der beiden Länder dient, und hege den aufrichtigen Wunsch, daß die in jenen Verträgen festgelegten Grundsätze sich auch in Zukunft bewähren und zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beitragen mögen."

In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen von Interesse, die der Handelskommissar der Sowjetunion Mikoyan über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen kürzlich in Moskau gemacht hat. In einer von ihm herausgegebenen offiziellen Mitteilung heißt es darüber:

Ungeachtet aller Schwierigkeiten und Erklärungen unserer Gegner, die Europa glauben machen wollen, daß die Sowjetunion außerstande sei, alle ihr von Deutschland zur Verfügung gestellten Kredite voll auszunutzen, haben wir es verstanden, nicht nur die Kredite voll auszunutzen, sondern darüber hinaus noch eine beträchtliche Menge von Bestellungen zu vergeben, so daß die deutsche Regierung den Rahmen der deutschen Kredite erweiterte. Die deutsche Industrie schreitet auf breiter Front zu Lieferungen für eine Reihe neuer russischer Unternehmen. Die wirtschaftliche Wirkung der Durchführung dieser Lieferungen wird für die Beziehungen unserer Industrie zu den deutschen Lieferanten von bestimmendem Einfluß sein. Die Handelsvertretung muß daher während der Lieferfrist mit der deutschen Industrie in engster Verbindung stehen. Die pünktliche Einhaltung der Lieferfristen ist von allergrößter Wichtigkeit.

Der Volkskommissar wies ferner darauf hin, daß entsprechend der Steigerung der sowjetrussischen Produktion unbedingt eine Erhöhung der Vergebung von Aufträgen ins Ausland eintreten werde.

Die Antwortnote der Kantonregierung unannehmbar

Die Frage der Sanktionen.

Wie der Quai d'Orsay mitteilt, bezeichnen die Vertreter der fünf Großmächte in China die Antwortnote des Außenministers der Kantonregierung, Tschen, als unannehmbar. Sie sehen in ihr lediglich ein dilatorisches Manöver, das Uneinigkeiten zwischen den Mächteregierungen schaffen wolle. Für den Schutz des Lebens und Eigentums der Ausländer biete die Antwort nicht die geringste Garantie. Da es gefährlich sei, sich den kommunistisch beherrschten Behörden anzuvertrauen, schlagen die Gesandten ihren Regierungen die Absendung einer neuen, mit der ersten identischen Note an die chinesische Regierung vor. Die beteiligten Mächte verhandeln über die Frage einer gemeinsamen Antwort an die Adresse der Kantonregierung sowie über die Frage, ob Sanktionen zu ergreifen sind.

„Preß Association" meldet, anscheinend inspiriert, daß in der letzten Kabinettssitzung in London gewisse Beschlüsse über die schwierige Frage der Sanktionen gegenüber den Kantonesen im Benehmen mit dem Ersten Seelord, Beatty, und Luftmarschall Trenchard gefaßt wurden. Dieses sei einer der Punkte gewesen, bezüglich derer die fünf Mächte eine Übereinstimmung unmöglich fanden und die infolgedessen aus den Nankingnoten herausgelassen wurden. In manchen Kreisen Englands sei die Enttäuschung über die Schwäche des von den fünf Mächten erhobenen Protestes ausgedrückt worden. Aber es sei bekannt, daß der Wortlaut der identischen Noten das größte gemeinsame Maß von Übereinstimmung darstellte, das erzielt werden konnte. Es werde von Leuten, die in enger Fühlung mit dem Kabinett stehen, erklärt, daß keinerlei Absicht bestehe, die Frage fallen zu lassen. Die britische Regierung sei entschlossen, selbst wenn dies eine unabhängige Aktion bedeute, die Forderung nach Reparation, Bestrafung und Entschuldigung zu erzwingen. In maßgebenden Kreisen werde erklärt, daß, sollte eine Wiederholung der Nankingangelegenheit erfolgen, „drastische Schritte" unternommen würden.

Militärische Maßnahmen Japans und Amerikas.

Gewaltsame Landaufteilung in Hunan.

In Anbetracht der gegenwärtigen Lage in China ist vom japanischen Generalstab beschlossen worden, den Stab des Hauptquartiers und die zehnte Infanteriedivision in der Mandschurei auch nach Ankunft der Ersatzeinheiten am 28. April beizubehalten. Ähnlich sind drei Kompagnien in Tientsin zurückgehalten worden, ebenso die Ersatztruppen zuzüglich zweier Kompagnien, die während der letzten Sitzung des Japanischen Landtages bewilligt wurden. Der amerikanische Flottenbefehlshaber in den chinesischen Gewässern, Admiral Williams, hat das amerikanische Marineministerium davon benachrichtigt, daß er in anbetracht der Verschärfung der Lage in Hankau eine Zusammenziehung von Marinestreitkräften in Hankau angeordnet habe

Reuter meldet aus Hankau: Die kommunistisch gerichtete Bauernunion hat die gewaltsame Durchführung der Landaufteilung in der Provinz Hunan in Angriff genommen. Verschiedene der jetzigen Grundeigentümer wurden getötet. Die Bewegung hat in allen Städten der Provinz die Oberhand erlangt und schwere Ausschreitungen verursacht.

Französische Tanks zur Verteidigung in China.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 19. April. Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind dort 5 leichte Tanks zur Verteidigung der französischen Konzessionen an Land gebracht worden. Zwei englische Kreuzer sind nach Hankau in See gegangen.

Die Gesandtschaften in Peking im Verteidigungszustand.

London, 19. April. Nach Meldungen aus Peking haben, obwohl die Panik unter den Ausländern erheblich nachgelassen hat, alle Gesandtschaften besondere Verteidigungsmaßnahmen getroffen. Die amerikanische Gesandtschaft hat sogar Vorkehrungen für die Aufstellung von Geschützen treffen lassen. Die britische Gesandtschaft hat einen vorgeschobenen Posten, der die Stadtmauer und die Sowjetbotschaft beherrscht, eingerichtet. Nach weiteren Meldungen aus Schanghai haben die nationalistischen Truppen bei ihrem Sieg über die Nordtruppen 13 000 Gefangene gemacht.

Zu der Zusammenkunft Dr. Curtius mit dem italienischen Wirtschaftsminister.

Rom, 19. April. Zur Stefanimeldung über ein Zusammentreffen Dr. Curtius mit dem italienischen Wirtschaftsminister Belluzzo läßt dieser durch die Presse ergänzend berichten, daß er am 21. April in Mailand sein werde und mit Dr. Curtius über verschiedene gemeinsame interessierende Wirtschaftsfragen sich zu besprechen beabsichtige.

Große Veruntreuungen bei der polnischen Staatsbahn.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Danzig, 19. April. An der polnischen Staatsbahnverwaltungsstelle in Danzig sind große Veruntreuungen festgestellt worden, die nach Meldungen polnischer Blätter hunderttausende Zlotys betragen sollen. Der Abteilungsvorsteher ist geflüchtet. Mit Rücksicht auf das schwebende Verfahren werden Einzelheiten geheim gehalten.

Spanische Mißerfolge in Marokko.

Eine spanische Kolonne gefangen genommen.

Eine von mehreren Pariser Blättern wiedergegebene Meldung aus Rabat berichtet von ernsten Mißerfolgen der Spanier in Marokko. So hätten sich vier Posten bei El Admam zurückziehen müssen, ein anderer sei von den Aufständischen umzingelt worden. Auch im Gebiet der Sendhadja seien verschiedene Posten eingeschlossen. Zwischen Admam und Targist hätten die Rifleute eine spanische Kolonne gefangen genommen. Starke spanische Verstärkungen seien nach Marokko unterwegs.

Primo de Rivera erklärte Zeitungsvertretern auf der Durchreise in Algeciras, die Operationen in Marokko seien bis Mai verschoben worden.